

Antrag 11/II/2021**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Schluss mit der Privilegierung von Kapitaleinkünften – Arbeit und Kapital endlich steuerlich gleich behandeln!**

1 **Die gegenwärtige COVID-19 Pandemie hat unsere Art und**
 2 **Weise, wie wir arbeiten, unsere Freizeit gestalten, ler-**
 3 **nen, unsere Angehörigen pflegen und wie wir miteinander**
 4 **kommunizieren auf dem Kopf gestellt.** Doch nicht alle
 5 Menschen waren von den sozialen und wirtschaftlichen
 6 Folgen der Pandemie sowie der Pandemiemaßnahmen gleichermaßen
 7 betroffen. Die Ungleichverteilung der wirtschaftlichen Last der
 8 sozialen und wirtschaftlichen Folgen wird unter anderem bei der
 9 Betrachtung der Entwicklung von Arbeits- und Kapitaleinkommen
 10 deutlich: Während viele Menschen durch den Wegfall des Arbeits-
 11 platzes, Bezug von Kurzarbeiter*innengeld oder das Ausbleiben
 12 von Kund*innen bei freiberuflicher oder gewerblicher Tätigkeit
 13 erhebliche Einkommenseinbußen erleiden und verkraften
 14 mussten, bezogen Aktionär*innen und Gläubiger*innen weiterhin
 15 kräftige Dividenden und Zinszahlungen - auch als der Staat
 16 Unternehmen mit Milliarden Euro finanziell unter die Arme
 17 gegriffen hat.
 18 **Die Ungleichverteilung der wirtschaftlichen Last der**
 19 **COVID-19 Pandemie hat den Widerspruch zwischen Arbeit**
 20 **und Kapital deutlich vorgeführt.** Es waren wie in der jeder
 21 wirtschaftlichen Krise die schwächsten Mitglieder unserer
 22 Gesellschaft, die die Kosten der Krise tragen mussten.
 23 Bestehende Ungleichheiten in unserer Gesellschaft wurden
 24 und werden dadurch weiter vertieft, denn besonders Reiche
 25 beziehen einen Großteil ihrer Einkommen aus Kapitalerträgen
 26 wie Dividenden und Zinsen. Verstärkt wird die Ungleichheit
 27 durch die Privilegierung der Kapitaleinkünfte durch die im
 28 Zuge der Unternehmenssteuerreform 2009 eingeführte
 29 Abgeltungsteuer auf Kapitaleinkünfte. Seitdem werden
 30 Kapitaleinkünfte nicht mehr mit dem persönlichen Einkommen-
 31 steuertarif besteuert, sondern pauschal zu 25 Prozent (ggf.
 32 kommen noch Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5 Prozent
 33 (effektiv 1,375 Prozent) und die Kirchensteuer hinzu). Wir
 34 empfinden die steuerliche Ungleichbehandlung von Arbeits- und
 35 Kapitaleinkünften als ungerecht. Vor dem Hintergrund der
 36 aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen ist diese
 37 Ungerechtigkeit für uns erst recht nicht mehr haltbar!
 38 **Die durch die Steuerreform geschaffene Ungerechtigkeit**
 39 **hatten wir Jusos bereits durch unseren Bundeskongress-**
 40 **beschluss 2008 in Weimar (N 6 – LV RLP, Die Unternehmens-**
 41 **steuerreform der Großen Koalition – keine GROSSE Reform!**
 42 **– Flat Tax – Nein Danke!) öffentlich kritisiert:**
 43 Eine pauschale Abgeltungsteuer in Höhe von 25 Prozent
 44 diskriminiert Arbeitseinkünfte gegenüber Kapitaleinkünften.
 45 Sie führte hierbei zu einer Abkehr des Leistungsfähig-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****Wir fordern:**

- Die steuerliche Gleichbehandlung von Arbeitseinkommen und Kapitaleinkünften,
- die Abschaffung der Abgeltungsteuer auf alle Kapitalerträge wie Zinsen, Dividenden, Gewinne aus dem Verkauf von Wertpapieren (wie z.B. Aktien und Anleihen) und die Besteuerung von Kapitalerträgen nach dem persönlichen Einkommensteuertarif,
- die Anhebung des derzeitigen Sparer*innenpauschbetrags von 801 Euro (bei gemeinsamer Veranlagung 1.602 Euro) auf 1.000 Euro (2.000 Euro),
- die Beibehaltung des Quellensteuerabzugsverfahrens (Vorauszahlung auf die Einkommensteuer) bei der Kapitalertragsteuer und eine pauschale Quellenbesteuerung in Höhe von 25 Prozent,
- eine datenschutzkonforme automatische Kontrollmitteilung der auszahlenden Stelle mit personenspezifischen Daten wie Name, Adresse, Steuernummer etc. an die zuständige Finanzbehörde,
- stärkere Bekämpfung von Steuervermeidung und -hinterziehung in diesem Zusammenhang sowie
- die Aufstockung von Finanzbeamten*innen in Deutschland und bessere technische Ausstattung der Finanzbehörden

Rest wird Begründung

48 keitsprinzips in Deutschland, wonach jede*r in Deutsch-
49 land ansässige Steuerzahler*innen nach Maßgabe sei-
50 ner individuellen ökonomischen Leistungsfähigkeit zur Fi-
51 nanzierung staatlicher Leistungen beitragen. Mit anderen
52 Worten: Starke Schultern sollen und können mehr tragen
53 als schwache. Die Besteuerung von Kapitaleinkünften ori-
54 entiert sich nicht mehr an der finanziellen Leistungsfä-
55 higkeit der Steuerzahler*innen. Durch die pauschale Ab-
56 geltungsteuer werden Steuerzahler*innen mit hohen Ka-
57 pitaleinkünften begünstigt. In Zahlen ausgedrückt: Ab
58 2009 sank die Belastung für Kapitaleinkünften auf 26,4
59 Cent (zzgl. Solidaritätszuschlag) für jeden zusätzlichen Euro
60 über 60.000 Euro. Vor 2009 belief sich die Einkommen-
61 steuer (zzgl. Solidaritätszuschlag) sowohl auf Arbeits- wie
62 auch auf Kapitaleinkünften von mehr als 60.000 Euro auf
63 einheitlich 44,3 Cent.

64 **Die Einführung der pauschalen Abgeltungsteuer lag der**
65 **Begründung zu Grunde, den Abfluss von bis dahin entgan-**
66 **genen steuerpflichtiger Kapitalerträge weniger Attraktiv**
67 **zu gestalten.** Die vergangenen Jahre haben jedoch ge-
68 zeigt, dass abgesenkte Steuersätze der Steuerhinterzie-
69 hung keine Grenze aufsetzen. Durch die Abgeltungswir-
70 kung kam es zudem zu einer ungerechten Verteilung des
71 Steueraufkommens zwischen den Bundesländern. Die ab-
72 geltende Wirkung führte zu einer Entkoppelung der Be-
73 steuerung vom Wohnsitz der Steuerzahler*Innen. Somit
74 fand die Besteuerung ihren Anknüpfungspunkt an der ab-
75 führenden Stelle, somit bei den Banken und Finanzdienst-
76 leister, die sich innerhalb eines Ortes wie Frankfurt am
77 Main ballen, statt. Dies verzerrt das örtliche Steuerauf-
78 kommen.

79 **Um das deutsche Steuersystem seiner Aufgabe zur ge-**
80 **rechten Verteilung der Steuerlast wiederzugeben, ist die**
81 **Abschaffung der Abgeltungsteuer auf Kapitaleinkünften**
82 **hinzu einer Besteuerung auf Basis der individuellen Lei-**
83 **stungsfähigkeit unabdingbar.** Zwar hat die aktuelle Bun-
84 desregierung in ihrem Koalitionsvertrag vom 12. März
85 2018 die Abschaffung der Abgeltungsteuer auf Zinserträ-
86 ge festgehalten. Die Abschaffung steht jedoch unter dem
87 Vorbehalt der Etablierung des internationalen automa-
88 tischen Informationsaustauschs über Finanzkonten zwi-
89 schen den nationalen Steuerbehörden. Obwohl Deutsch-
90 land bereits mit zahlreichen Ländern einen automati-
91 schen Informationsaustausch vereinbart hat, ist seit der
92 Unterzeichnung des Koalitionsvertrags nichts passiert.
93 Außerdem beschränkt sich die geplante Abschaffung nur
94 auf Zinserträge. Dies ist für uns nicht ausreichend: **Um**
95 **das Steuersystem gerechter und progressiver zu gestal-**
96 **ten, muss die Abgeltungsteuer auf sämtliche Kapitalein-**
97 **künfte abgeschafft werden!**

98 **Wir verstehen die aktuelle COVID-19 Pandemie als Chan-**
99 **ce, unsere Gesellschaft gerechter, inklusiver, grüner und**
100 **resilienter zu gestalten.** Ein progressiv und gerechter ge-

- 101 staltetes Steuersystems kann einen wichtigen Beitrag
102 hierfür leisten. **Deshalb fordern wir Jusos:**
- 103 • Die steuerliche Gleichbehandlung von Arbeitsein-
104 kommen und Kapitaleinkünften,
 - 105 • die Abschaffung der Abgeltungsteuer auf alle Ka-
106 pitalerträge wie Zinsen, Dividenden, Gewinne aus
107 dem Verkauf von Wertpapieren (wie z.B. Aktien und
108 Anleihen) und die Besteuerung von Kapitalerträgen
109 nach dem persönlichen Einkommensteuertarif,
 - 110 • die Anhebung des derzeitigen Sparer*innenpausch-
111 betrags von 801 Euro (bei gemeinsamer Veranla-
112 gung 1.602 Euro) auf 1.000 Euro (2.000 Euro),
 - 113 • die Beibehaltung des Quellensteuerabzugsverfah-
114 rens (Vorauszahlung auf die Einkommensteuer) bei
115 der Kapitalertragsteuer und eine pauschale Quel-
116 lenbesteuerung in Höhe von 25 Prozent,
 - 117 • eine datenschutzkonforme automatische Kontroll-
118 mitteilung der auszahlenden Stelle mit personen-
119 spezifischen Daten wie Name, Adresse, Steuernum-
120 mer etc. an die zuständige Finanzbehörde,
 - 121 • stärkere Bekämpfung von Steuervermeidung und -
122 hinterziehung in diesem Zusammenhang sowie
 - 123 • die Aufstockung von Finanzbeam*t*innen in
124 Deutschland und bessere technische Ausstat-
125 tung der Finanzbehörden